

Protokollentwurf 49. bundesweites Treffen des ABSP in Magdeburg

am: 20.10.2012
Ort: Magdeburg, Eine-Welt-Haus, Schellingstr.
Beginn: 12.15 Uhr
Ende: 17:00 Uhr

Anwesenheit: 18 MitstreiterInnen aus Brandenburg/Havel, Braunschweig, Dresden, Gießen, Göttingen, Goslar, Halle/Saale, Hannover, Karlsruhe, Korbach, Magdeburg, Wernigerode und Zeitz.

TOP 1 Formalia

Eröffnung: Korbach

Moderation durch Göttingen

Ja: 9 Nein: 1 Enthaltung: 1

Protokoll durch Zeitz und Halle (mitschnittgestützt)

Einverständnis zum Mitschnitt:

Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 1

Vorschlag zur grundsätzlichen Protokollerstellung:

(Goslar) Vorschlag einer vorgezogenen Protokollkontrolle: Nach Erstellung des Protokolls soll eine zeitnahe Versendung an alle Teilnehmer des jeweiligen Treffens erfolgen, damit Protokollwiderprüche, -korrekturen und -ergänzungen noch vor dem nächsten Treffen und vor der Verabschiedung des Protokolls eingearbeitet werden können.

Dies, um bei den jeweiligen Treffen mehr Zeit der inhaltlichen Aufgabenstellung des ABSP widmen zu können, weil eventuelle erkannte Protokollfehler bereits vor den Treffen bereinigt werden können.

Dafür sind von allen Teilnehmern die Email-Adressen erforderlich. Eine Teilnehmerliste wird bei jedem Treffen sowieso erstellt. Es wird darum gebeten, zu diesem Zweck die E-Mail-Adressen leserlich in die Anwesenheitsliste einzutragen.

(offensichtlicher Konsens, keine Gegenrede, keine Abstimmung)

Diskussion zur Tagesordnung:

(Übergang der Moderation an Göttingen).

Top Arbeitsorganisation sollte vorgezogen werden,

Top Auswertung Aktionstag "Rote Linie" danach,

„Vorschlag Reisekosten“ unter Top „Aktuelles“ soll vorrangig behandelt werden, möglichst als Erstes.

Initiativvorschlag Pressemitteilung Mindestlohn.

Resultierende Tagesordnung

- Initiativantrag Presseerklärung zur Ablehnung des Mindestlohns in Höhe von 8,50 € durch den Landtag in Sachsen-Anhalt
- Reisekosten (eigenständig)
- Rote Linie
- Arbeitsorganisation
- Aktuelles

Ja: 13 Nein: 1 Enthaltung: 2

Resolution an den Landtag und Presseerklärung (vorgezogener TOP):
(Karlsruhe) vgl. ABSP-Rundmail vom 27.10.12.

Ja: 15 Nein: 0 Enthaltung: 1

Kontrolle der Protokolle der beiden letzten Treffen:

(M.) Vorschlag: Vornamen sind durch Orts-/Städtenamen zu ersetzen oder auch durch die Initialen der Vornamen, desgleichen bei Moderation und Protokollanten; Organisationsnamen sind vollständig zu benennen

Ja: 15 Nein: 0 Enthaltung: 1

Änderungsanträge zum Protokoll vom August

- Probleme mit der MLPD bestehen nicht mehr in Dresden (im August), in Magdeburg gab es damals noch Probleme.
- Kritik an nicht definierten Verantwortlichkeiten bei den Aufgabenzuordnungen im Protokoll (eindeutig Aufgabe und Verantwortlichkeit sowie geplanter Veranstaltungsort benennen)

Mit diesen Änderungen wurden die Protokolle bestätigt

• Ja: 15 Nein: 0 Enthaltung: 1

Sehr kurze Vorstellungsrunde, Entschuldigungen für Aschersleben, Braunschweig und Fürstenwalde (Brandenburg)

2. Reisekosten

Korbach: Informationsvorlage, ab sofort die Fahrgeld-Erstattung auf 60 % der nachgewiesenen Kosten zu begrenzen

Beschluß:

Das Fahrgeld wird weiterhin zu 75 % der Kosten laut Beleg erstattet, bei Bedarf kann die Fahrgeldauszahlung wie bisher in bar erfolgen.

Ja: 15 Nein: 1 Enthaltung: 2

Hilfsweise kann ein privater Fonds eingerichtet werden, um Barauszahlungen leisten zu können.

Ja: 15 Nein: 0 Enthaltung: 1

Karlsruhe und Zeitz würden dies privat und freiwillig leisten und regeln Einzelheiten mit Korbach.

Es wurde ohne förmlichen Beschluss Übereinstimmung erzielt, hinsichtlich Fahrgeld-Abrechnungen der Teilnehmer an ABSP-Treffen beim nächsten Treffen zu regeln, wie zukünftig mit diesen Fahrgeld-Abrechnungen innerhalb des Kokreises zu verfahren ist.

Es wurde ohne förmlichen Beschluss Übereinstimmung erzielt, für Treffen auch eventuelle Hilfen und Unterstützungen (Räumlichkeiten, Unterbringungen, Bildungsangebote) der Rosa-Luxemburg-Stiftung oder auch geeigneter anderer Einrichtungen zu nutzen bzw. diese zu erfragen.

TOP 3 Auswertung der Aktionstage „Rote Linie gegen Armut“

Wurde der Beschluss umgesetzt, sich nicht an „Umfairteilen“ zu beteiligen?

Braunschweig:

VAMV war für „Umfairteilen“, ABSP Braunschweig war für den 3. Oktober mit ABSP-Forderungen 500-10. Jeden einzelnen der beiden Termine konnte ABSP Braunschweig nicht realisieren, sie haben sich darum VAMV angeschlossen und am 29.9. sich bei „Umfairteilen“ beteiligt und dort die ABSP-Forderungen 500-10 hineingetragen, seitens des ABSP Braunschweig wurde dort 8,50 nicht erhoben.

Dresden:

Attac bot eine Zusammenarbeit mit ver.di an. Als Organisation forderte ver.di am 29.9. 10 € gemeinsam mit dem „Umfairteilen“. Attac gab keine offizielle Stellungnahme, weshalb attac für „Umfairteilen“ ist.

Unterschriften für 10 € wurden gesammelt. Am 29.9. stand ver.di gemeinsam mit anderen auf dem Platz. Mit Plakaten wurde u. a. der Fiskalpakt abgelehnt. Am 4.10. wurde ver.di von attac unterstützt.

Goslar:

In vielen Orten war es schwierig, eigene Veranstaltungen zu machen, so dass häufig die Veranstaltungen am 29.9.dazu genutzt wurden, für die Kampagne 10 € Mindestlohn/500 Euro Eckregelsatz Unterstützer zu werben. Flugblätter wurden verteilt, z. B. in Frankfurt 800 Stück. Vgl. Veröffentlichung Internetseite.

Göttingen:

Am 1. Oktober Montagsdemo mit Flugblätterverteilung und auch am 3. Oktober.

Gießen:

Montagsdemo, „Es lebe die Einheit der Armen“- Transparent, ... , 500 /10, für Rekommunalisierung (150 Flugblätter) nur 3 Personen.

Goslar:

Aus Herford, Zeitz und aus Goslar wurde berichtet, dass in kurzer Zeit (1 bis 2 Stunden) je 100 Unterschriften gesammelt wurden.

Karlsruhe:

Es gab einen Artikel in der jungen Welt. Der Journalist wollte vor allem hören, was für spektakuläre Aktionen geplant seien. Aus der Antwort des Interviewten machte er dann das Bild, dass auch Aktionen von Autonomen zu erwarten seien.

Cloppenburg

Dort hatte das Jobcenter am 29.9. wegen Mitarbeiterschulung geschlossen. Zum Zahltag des Jobcenters am 1.10. waren 3 einzelne Begleiter aus Cloppenburg und ein Mitstreiter aus Glauchau anwesend,

Der Zahltag begann mit geringem Publikumsandrang, zu Beginn waren alle „Kunden“ des Jobcenters zufrieden. Später kamen dann die ersten Unzufriedenen heraus und in der Folge konnten von ca. 20 Fällen sofort 15 zur Zufriedenheit geklärt werden, ca. 5 konnten aufgrund fehlender Unterlagen nicht sofort geklärt werden, aber Hilfe wurde angeboten. In den nächsten Tagen wird im Büro weitere Hilfe vorbereitet werden.

Zwei besonders krasse Fälle waren eine junge Mutter in Scheidung mit Kleinstkind und eine siebenköpfige kurdische Migrantenfamilie, die nach Auffassung des Jobcenters mit nur 170 € im Monat leben sollten.

Zwickau

Auseinandersetzung zwischen „Gegenwind“ und ver.di Bezirk Vogtland-Zwickau, u. a. wurde von ver.di das Verwenden des ver.di-Logos durch Gegenwind angegriffen. Auf entsprechende Nachfragen hierzu im Bezirkserwerbslosenausschuss und Landesbezirkserwerbslosenausschuss (LEA) schwieg ver.di.

Dresden-Oberelbe:

Kritik wegen angeblicher Gleichsetzung mit dem Nazi-Regime war ein „Argument“ beim LEA-Beschluss, das andere das Tragen von ver.di-Logos

Halle:

Seit mehr als sieben Jahren schwelt der Konflikt, daß ver.di-Mitglieder in Person von Jobcenter-Mitarbeitern die Sozialstrafgesetzgebung mitträgt und andererseits ver.di- Mitglieder davon betroffen sind.

Dieser Konflikt wird jetzt in einer nicht mehr hinnehmbaren, unerträglichen Form ausgetragen.

TOP 4 Arbeitsorganisation / Aktuelles

Attac in Köln am 2. bis 4.11.

Attac hatte beim Ratschlag 2010 die Bündnisplattform 500/10 nicht unterstützen wollen. Der Gegenredner hatte jedoch vorgeschlagen, dass Attac die Forderungen 500-30-10 unterstützen sollte. Was natürlich für eine Unterstützung der Bündnisplattform nicht nützlich war. Außerdem stand eine unwahre Unterstellung im Raum, mit der Bündnisplattform 500/10 wollten deren Initiatoren auch das Kindergeld abschaffen. Durch Manipulationen und Unterdrückung unterblieben hiernach die weitere Diskussion wie auch die reguläre Abstimmung. Dieser Vorgang kann auf www.500-euro-eckregelsatz.de nachgelesen werden.

Es wurde angeregt und aufgefordert, nunmehr vom ABSP aus das Thema 500/10 in lokale und regionale attac-Organisationen hineinzutragen, die Wichtigkeit und Bedeutung der Forderung immer und überall hervorzuheben, damit der Ratschlag dieses Mal zustimmen wird.

Übrigens: 2008 war die Unterschrift von attac ein wichtiger Türöffner für den späteren Erfolg der „Kinderplattform“!

2. bis 4. November wird der Ratschlag in Köln stattfinden (Ort Waldorfschule)

10.11. Landesarmutstag in Halle

Helga Spindler in einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit Kay Senius (ein wichtiger Protagonist für „Weiterentwicklungen“ von Hartz IV, wie etwa auch die Bürgerarbeit)

Dresden-Oberelbe

Anrechnungsfreies Kindergeld als Argument für die 500/10 Forderung

Diverse Teilnehmer

Warnung vor Illusionen in den Sozialstaat und vor der SPD; Kapitalismus kann von Hause aus grundsätzlich überhaupt nicht sozial sein, alles andere ist Maske. Unter Massen-Druck bewegt er sich zwar, aber er versucht alles, um den Druck zu unterbinden.

Leider herrscht in weiten Bevölkerungskreisen allgemeine Resignation und Wahlverweigerung.

Unterschriften sammeln allein genügt nicht, auch u. a. mittels Leserbriefen muß versucht werden, andere Inhalte in die bürgerlichen Zeitungen zu bringen.

Wichtig sind insbesondere Gespräche. Sie erweisen auch immer wieder, daß Interesse am Thema und Aufklärungsbedarf besteht.

Auch wenn an Montagsdemos nur vergleichsweise wenig Leute teilnehmen, sollte man nicht resignieren.

Empfehlung: dort aufzutreten, wo die Sozialdemokraten auftreten!

Braunschweig:

Ab März wird voraussichtlich ein regionales Sozialticket für 15 € (von Gifhorn bis Seesen) eingeführt. Dieser Antrag der Linken wurde unter dem Logo der CDU erneut gestellt und unkompliziert durchgebracht.

Karlsruhe + Oberelbe:

Sinnvoll ist das Andocken aktueller Themen:

Kinder werden durch das SGB II zu Erwerbslosen gemacht, Eltern haben das Problem der Hilfebedürftigkeit, die Kinder werden durch das Gesetz in die Bedürftigkeit gebracht (sollte man die Kinder heraushalten?).

Man sollte dies an eine aktuelle politische Situation andocken.

Zu Christy Schwundek und den Vorfällen in Neuss:

Notwendig ist eine bessere psychologische Vorbereitung der Beistände zur Durchsetzung der

berechtigten Ansprüche der Betroffenen gegen die Provokationen der Jobcenter. Wir selber dürfen als Beistände keine Hausverbote gegen Beistände provozieren. Wir müssen effektiv gegen Mitarbeiter vorgehen, welche nicht freiwillig den gegebenen Ermessensspielraum zugunsten der Betroffenen anwenden und gegen jene, welche willkürlich gegen die Betroffenen handeln.

„Das Betreten der JobCenter kann tödlich enden“; aber nahezu jeder Bescheid ist letztendlich ein tödlicher Bescheid wegen der Unterversorgung in vielfältigster Art und Weise

Hannover:

Argumentation gegen das Verwirrspiel der Kindergelddebatte, keine zureichende Höhe des Regelsatzes auf der einen Seite und auf der anderen das Kindergeld als Gebärprämie für spätere Konsumenten und Soldaten.

Brandenburg:

Kampagnenplanung und Euromärsche

Zeitz:

Kampagne für einen Mindestlohn. Stuttgarter Initiative gegen Leiharbeit und Werkverträge, hierfür können Unterschriften gesammelt werden. In die Planung für die nächste Sitzung aufnehmen.

Gießen:

Zusammenhang Leiharbeit und Streikbruch

Argumentationen gegen Leiharbeit und Werkverträge sind richtig, Forderungen an den Staat sind falsch wegen der Aufwertung des Staats und der Illusionen in den Staat

Termin im Dezember 8.12. in Halle bei Radio Corax

Übergabe der Planung der Organisation (Vorbereitung, Durchführung, Abrechnung) an andere Mitglieder des ABSP, Korbach an Halle/Saale, Abstimmung darüber im Dezember, Übergabe Ende des Jahres, Abrechnung mit der Stiftung,

offener Brief an Jobcenter-Mitarbeiter 10 Gebote

<http://erbendertara.wordpress.com/2012/09/30/10-gebote-fur-die-sicherheit-von-jobcentermitarbeitern/>

Vorschlag 2013: Treffen in anderen Städten

Umgang mit dem ehemaligen Delegierten im Krachschlagen-Bündnis